

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Abentson und Expeditions
Johannisstraße 33.

Bezahlungen der Abentson:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Rückgabe einzelner Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Kannahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für An-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Königliche Rathenauerstr. 18, p.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 186.

Mittwoch den 9. Juni 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16.150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Beleglohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 39 M.,
mit Postbefreiung 45 M.

Inserte 5 Pf. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Zug nach höherem Tact.

Reclamen unter dem Reclamenstich
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptemando
oder durch Postvorschuß.

Bekanntmachung.

Von den Hinterlassenen des am 7. März d. J. verstorbenen Herrn Kaufmann Friedrich Gustav Ederer
hier sind uns zufolge letztwilliger Bestimmung des Testators

Dreitausend Mark

als erstes Capital zu einer ins Leben zu rufenden Stiftung, deren Finken an solche, welche in Folge Ver-
unglückung bei Ausübung ihres Berufes sich nicht mehr ernähren können oder an solche Hinterlassene,
welche ihren Ernährer durch Verunglückung bei Ausübung ihres Berufes verloren haben, gewährt werden
sollen, übergeben, zugleich aber noch weitere

Dreitausend Mark

mit der Maßgabe hinzugefügt worden, daß im Sinne des Herrn Erblassers die Finken dieser Summe zu
Unterstützungen an verfallene hiesige Arme verwendet werden sollen.
Wir bringen hierdurch beide Fundationen, welche von dem bei Lebzeiten oft bewiesenen Gemeinnut-
des Verstorbenen noch über das Grab hinaus Zeugnis ablegen, mit dem Ausdruck unseres wärmsten
Dankes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 6. Juni 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Die Strecke zwischen dem Dr. Friederich'schen Hause, an der Pleiße Nr. 6, und der Zorothenbrücke
wird der dort vorzunehmenden Pflasterarbeiten wegen vom 14. d. M. an auf einige Tage, wahrscheinlich
bis zum 19. d. M., für den Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, am 6. Juni 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

In einigen Straßen des südwestlichen Bebauungsplanes sollen (und zwar im Ganzen ca. 1340 laufende
Meter) Schleusen III. Classe gebaut und die damit verbundenen Maurer- und Erdarbeiten an einen Unter-
nehmer in Accord verdingungen werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können
baldmöglichst eingesehen resp. entnommen werden.
Besüßliche Offerten sind verfertigt und mit der Aufschrift:

„Schleusen im südwestlichen Bebauungsplane“

versehen ebendasselbst und zwar bis zum 16. Juni d. J. Nachmittags 6 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 31. Mai 1880.
Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Der Preis der in hiesiger Gasanstalt producirten Coaks, deren Verkauf Herrn Louis Meißner hier
commissionärsweise übertragen ist, beträgt

vom heutigen Tage an

für den Hectoliter loco Gasanstalt 1. A 10 1/2 und einschließlich des Fuhrlohns bis an das Haus 1. A 25 1/2.
Leipzig, den 9. Juni 1880.
Des Rathes Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

den internationalen Productenmarkt betreffend.

Der diesjährige internationale Productenmarkt in Leipzig wird
Montag, den 2. August d. J.
in den Räumen des alten Schützenhauses hier abgehalten.
Leipzig, den 3. Juni 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Der Kanzler und die Parteien.

Aus Berlin erhalten wir die nachfolgenden
interessanten Mittheilungen, für deren volle Rich-
tigkeit wir freilich eine Gewähr nicht übernehmen
können:

„Der Kanzler ist in sehr aufgeregter Stim-
mung und entschlossener als je, gegen die Ultra-
montanen mit allen gesetzlichen Mitteln vorzu-
gehen. Er betrachtet das Verfahren der Centrums-
mitglieder in der Commission sowie das Gebahren
der katholischen Presse und Vereine als völlig un-
geeignet, einen modus vivendi, d. h. einen Zustand,
in welchem man einwillen friedlich neben ein-
ander leben kann, zu erzielen. Sollte das Cen-
trum die Kirchenvorlage ablehnen, so hat es da-
mit das Signal zu einem Kampfe gegeben, der
nur mit völliger Vernichtung desselben enden
kann. Die vorbereitenden Maßregeln zur Er-
schütterung der staats- und culturfeindlichen Partei
sind bereits in der Ausarbeitung begriffen. Dem
Reichstage wird für den Fall der fortgesetzten
schroffen Opposition seitens der Ultramontanen, in
seiner nächsten Session eine Vorlage zugehen, die
ähnlich dem Socialistengesetz in erster Linie die
katholische Presse und Vereine verbietet und die
Agitatoren außerhalb der katholischen Körper-
schaften unter die Herrschaft jenes Gesetzes stellen
wird. Dasselbe soll der Regierung die Befugniß
geben, den kleinen Verlagerungsstaat nicht bloß in
Städten, sondern über jene katholischen Provinzen
zu verhängen, welche den Heerd der römischen
Wählerreien bilden.“

So weit diese Mittheilungen, von denen unser
Gewährsmann auf das Bestimmteste versichert,
daß ihm solche Quellen zu Gebote stehen, über
deren Verlässlichkeit ihm nach wiederholten Erfah-
rungen keine Zweifel gestattet seien. Was sich
heute an diese Mittheilungen reiht, schließt die An-
nahme aus, daß es sich um einen Druck auf das
Centrum handelt. Man sagt, daß der Kanzler
nach Lage der Dinge es nicht für angemessen halte,
schon jetzt mit den übrigen Parteien in Compromi-
sivverhandlungen zu treten. Er hat mit keinem
der hervorragenden Mitglieder der Kirchengefes-
Commission oder des Hauses in den letzten Tagen
eine Unterredung gepflogen, doch weiß man, daß
ihm die etwaige Mitwirkung des Centrums beim
Zustandekommen des Gesetzes nicht bloß höchst un-
angenehm wäre, sondern die Lage völlig auf den
Kopf stellen würde. Aber er hat bisher keinen
Schritt gethan, um die Liberalen und Freiconser-
vativen zu veranlassen, sich über eine Reihe von Arti-
keln der Vorlage mit ihm zu verständigen. Daß bei
dem Art. 2. Berufung gegen die Entscheidungen
kirchlicher Behörden, dem Art. 5. Verwaltung der
Bistümer und dem Art. 9. (Strafrechtliche Ver-
folgung renitenter Geistlicher) namentlich mit den
Liberalen, wenn auch mit wesentlichen Abände-
rungen der Vorlage, ein Vergleich geschlossen wer-
den könnte, darüber dürfte Fürst Bismarck im
Augenblick keinen Zweifel mehr hegen.

Es würde sich nur darum handeln, auch die
Conservativen zu bewegen, sich der Bildung einer
Mehrheit ohne Centrum anzuschließen. Die Mög-
lichkeit, den Conservativen gleichfalls Zugestän-
nisse abzurufen, wird auch durch das v. Rauch-
haupt'sche Amendement zu Art. 3, das noch katho-
lischer als das Centrum sein will, nicht ausgeschlossen.
Nur doch den Conservativen, die nicht zu den Ortho-
doxen gehören, bei der gegenwärtigen Sachlage
nicht wohl zu Ruche. Sie denken vorsichtig an,
daß man im Falle von der Verbrüderung mit dem
römischen Priester Nichts wissen wolle und es für
eine Schmach hielt, wenn die Bischöfe, die Freunde
von Kaiser und Reich, die Ledochowski, Melchers u.
in ihre Sprengel unter Glockengeläute, Blumen-

streuen, Empfang durch weißgewaschene Jungfrauen
u. s. w. zuzusehen würden.

Die gemäßigten Conservativen würden sich still-
schweigend freuen, wenn trotz ihres Jafogens die
demüthigende Vorlage unter den Tisch fiel. Die
Freiconservativen entbehren leider einer entschlos-
senen Führung und suchen Uebergangsbrücken zu
schlagen, für die keine zwingenden Momente in
der Sache selbst gegeben sind. Der von ihnen
ausgehende Plan, die beiden conservativen Parteien
für die Vorlage zu gewinnen und die Ultramonta-
nen zur Enthaltung von der Abstimmung über
das Ganze des Gesetzes zu zwingen, ist ein so
durchsichtiges Manöver, daß der moralische Nieder-
lage des Kanzlers um so deutlicher hervortritt.

Die Freiconservativen bejammern diesen Aus-
weg deshalb, weil sie aus der Umgebung des Für-
sten Bismarck die blühendsten Erklärungen darüber
erhalten haben, daß der leitende Staatsmann die
Vorlage aus den Händen einer kirchlich-conser-
vativen Mehrheit in keinem Falle annehmen werde.

Was die nationalliberale Partei betrifft, so
haben diejenigen vereinzelt Stimmen, welche
nach rechts neigen, kein Gewicht, weder in der
Regierung noch im Abgeordnetenhaus. Solche
Beamtensimmen gewinnen weder die Ultramonta-
nen für sich, noch nützen sie der Regierung.
Das einzige Ergebnis, welches der liberalen Par-
tei aus der Haltung dieser Unzuverlässigen er-
wächst, ist, daß man bei den nächsten Wahlen ihre
Mandate entschiedeneren Parteimännern übergeben
könnte.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 8. Juni.

Der Zusammentritt der Posthalter-Con-
ferenz in Berlin ist nunmehr auf den 16. d. M.
festgesetzt. Ebenso steht fest, daß nur die griechi-
schränke Grenzfrage Gegenstand der Verhandlungen
sein wird. König Georg von Griechenland, der
sich gegenwärtig in London befindet, hat in voriger
Woche in Paris einem Correspondenten des Grevy's-
chen „Pays“ gegenüber geäußert, es gebe in der von
der Konferenz zu behandelnden Frage allerdings
noch einen delicaten Punkt: das sei die Stadt
Janina, eine wichtige Stellung, welche die Türken
behalten möchten; aber mit dem Bestande der
Schutzmächte und namentlich Frankreichs hoffe der
König zu gewinnen. Zudem sei die Bevölkerung
der Stadt griechisch und hänge dem griechi-
schen Glauben an. Man habe zwar gesagt,
Janina sei eine albanesische Stadt, Das sei aber
ein Irrthum. — König Georg hatte allerdings
Recht, wenn er Janina als den delicaten Punkt
erklärte. Griechenland möchte diese Stadt unter
jeder Bedingung erwerben, die Türkei will sie nicht
fahren lassen. Für Griechenlands Ansprüche wer-
den auf der Konferenz England und Frankreich
eintreten, das Verbleiben bei der Türkei werden
Oesterreich und Rußland, allerdings aus verschie-
denen Gründen, befürworten. Die Entscheidung
der Konferenz ruht deshalb bei Deutschland und

Italien. Deutschland hat bei der Frage kein
directes Interesse zu wahren, es wird daher jeden-
falls sich auf Seite seines österreichischen Bundes-
genossen stellen. Tritt Italien dann auf die Seite
Frankreichs und Englands, so kann die Frage auf
der Konferenz nicht erledigt werden, da drei Stim-
men für die Abtretung Janinas, und drei dagegen
sein würden.

Die am Montag stattgefundenen Verhandlungen
der kirchengesetzlichen Commission waren
in hohem Grade unerquicklich und wir glauben
unser Leser mit einem ausführlicheren Berichte
über dieselben versehen zu sollen. Das Ergeb-
nis der Berathung ist bereits in voriger Nummer
telegraphisch mitgeteilt; es bestand darin, daß
sämmliche Verbesserungsanträge zu Artikel 9 und
schließlich der ganze Artikel selbst abgelehnt wurde.

Auffälligerweise ist in allen öffentlichen und
amtlichen Aeußerungen und Verhandlungen über
die Einziehung Altona in den Zollverein
der Term in ganz unerörtert geblieben, an welchem
dies neue Verhältnis in Wirksamkeit treten soll.
In der gleichen ungewissen Lage befinden sich die
Interessenten sowie die öffentliche Meinung gegen-
über der Frage der Verlegung der Zollgrenze
auf der unteren Elbe. Auch hier ist es
durchaus ins Unbestimmte gestellt, von welchem
Zeitpunkte ab die Zollabfertigung in Cur-
haden, anstatt wie bisher bei Bergedorf, er-
folgen soll. Im Bundesrathe selber sind, allem
Anscheine nach, diese Fragen zwar Gegenstand der
Erörterungen gewesen, ohne indeß schon einer be-
friedigenden Lösung entgegengeführt worden zu
sein. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die
Verzögerung in der Beschlußfassung über
den bezüglichen Antrag Preussens mit den
technischen Ermittlungen in Zusammenhang
bringt, die hierüber an Ort und Stelle im Gange
sind. Von diesen Ermittlungen wird nicht bloß
der Einfuhrstermin für die Bundesrats-Ver-
ordnung, sondern auch die Höhe des in das Reichs-
budget einzustellenden Betrages abhängen, welcher für
eine jedenfalls bedeutende Vermehrung des Zollper-
sonals notwendig werden dürfte. Daß eine längere
Uebergangsfrist den neuen Zustand vorzubereiten hat,
wenn nicht die größten Unzuträglichkeiten entstehen
sollen, liegt auf der Hand. Bei Altona ist sie ohnehin
geboten durch die baulichen Anlagen, welche die Er-
richtung der Zollschranke gegen Hamburg erfordert.
Es besteht aber unter den Interessenten nicht nur,
sondern in allen politischen Kreisen, welche die
Entwicklung der in Rede stehenden Angelegenheit
mit Theilnahme verfolgen, der dringende Wunsch,
daß die Fristbestimmung für die neuen Zu-
stände, mag nun ein längerer oder kürzerer Zeit-
raum in Aussicht genommen sein, von der Unge-
wisshheit, mit welcher dieselbe jetzt umgeben
ist, befreit werde und die Handelswelt ein klares
Bild davon bekomme, wann sie sich auf die ver-
änderten Verkehrsbeziehungen einzurichten habe.
Bereits hat die gegenwärtige unsichere Lage hem-
mend auf den Abschluß größerer überseeischer Ge-
schäfte eingewirkt, und nicht bloß in dem unmittel-
bar beteiligten Altona, sondern selbst in Berlin
mehrten sich in den Kreisen von Großkaufleuten diese
Schwierigkeiten bemerklich. Die Berathung über die
Lochen von der Fortschrittspartei an die Regierung
gestellte Interpellation betreffs Altona wird voraus-
sichtlich auch über diese Frage Auskunft verschaffen.
Die Interpellation, welche zunächst die entschei-
denden Ermittlungen darüber fordert, ob die erwar-
teten Vortheile der Einverleibung Altona nicht
durch wirtschaftliche Nachtheile für die Stadt
überwogen werden, richtet sich auf den Wunsch
nach Darlegung eines Kostenanschlages für die
Ausgaben, welche die Einverleibung erfordert, und
namentlich eine Erklärung darüber, wie die preussische

Staatsregierung, gegenüber den Verhandlungen
des Reichstages vom 8. und 10. Mai d. J., ihr
Vorgehen beim Bundesrathe betr. die Einverleibung
der unteren Elbe in das Zollgebiet rechtfertigt.

Die preussischen Justizbehörden sind veran-
laßt worden, für diejenigen bürgerlichen Rechts-
sachen, Concursachen und Strafsachen, welche
nach den früheren Vorschriften zu erledigen
sind, die Zahlen der am 1. October 1879 an-
hängig gewesen sind und am 30. September
d. J. noch anhängigen Sachen zu ermitteln. Die
Uebersichten und Zusammenstellungen sind dem
Justizminister bis zum 1. November d. J. einzu-
reichen. — Zum Zwecke der Einziehung
von Gerichtskosten wird nach einer neulich
ergangenen, auf § 99 des Gerichtskostengesetzes
sich stützenden Anweisung unter den einzelnen
Bundesstaaten in der Weise verfahren, daß die
erforderliche Behörde die Einziehung betreibt und
für Uebersendung der eingezogenen Beträge an die
ersuchende Behörde sorgt. Alle Postsendungen
einschließlich der Geld- und Werthsendungen, sind
von der ersuchenden Behörde frankirt abzulassen.
Die ersuchende Behörde hat weiter der ersuchten
Behörde noch den Vollziehungsbeamten für das
Einziehungs- und Beitreibungsverfahren Gebühren
oder Auslagen zu erstatten.

Seit der letzten großen Rede des Reichskanzlers
im Reichstage und seit der Einbringung der neuen
kirchenpolitischen Vorlage zeigen die Welfen große
Kampfesmut und gewaltige Siegeszuversicht.
Ueberall sehen sie Niederlagen des Kanzlers, und
— so etwa rechnen sie — ist erst der große
Staatsmann, der eigentliche Begründer des
deutschen Einheitsstaates, glücklich befeitigt, mit
seinen Nachfolgern werden wir weniger
schweres Spiel haben. Aus den verschiedensten
Tonarten wird das alte Lied geblasen, daß die
Annerionen von 1866 die Wurzel alles Uebels
sind. So heißt es denn in einer der letzten Num-
mern des Welfenblattes: „Die Todten reiten
schnell: das Deutsche Reich, so wie es geboren,
war vermöge seiner Herkunft aus dem Jahre
1866 ein todgeborenes Kind. Germania wurde
geartet, weiter hat sie nie gekont. Jehn,
jehzehn Jahre besteht das Reich, es hat
ein Schein-Dasein geführt, jetzt ist es außer
Kand und Band. Die eiserne Klammer, welche
es umspannt und nothdürftig zusammenhält, daß
es nicht vollends auseinanderfällt, ist das Militär,
und es giebt Gegenden in Deutschland, wo das
Reich in seinem jetzigen Bestande und in seiner
heutigen Gestalt einen Krach erleide, wenn die
preussische Infanterie, Cavallerie und Artillerie
nicht wäre.“ Umsichtlich des neuesten Rai-
gesetzes steht, wie schon früher bemerkt, das
Welfenblatt durchweg auf Seiten des Centrums.
Auch die Hamburger Angelegenheit bietet dem
Welfenblatt immer noch Stoff zu allerhand Ver-
gleichungen. Natürlich ist das ganze Verfahren
der preussischen Regierung gegen Hamburg nur
von Annerionsgefühlen dictirt. In einer Vesp-
redung dieser Frage bemerkt die Redaction der
„D. V. Z.“: Die hannoverschen Landesverräther
und Todtengräber (damit soll die nationalliberale
Partei bezeichnet werden) sorgen freilich nur zu
gut dafür, glauben zu machen, das han-
noversche Volk lebe herrlich und in Freuden
über das Preussenthum. Ist denn der deutsche
Nichel so dumm, nicht zu ahnen, daß, wenn die
Annerion von Hannover nicht gewesen, auch die
von Hamburg nicht möglich wäre und daß nur in
der Wiederherstellung Hannovers, Hessens u. s. w.
 Rettung liegt für das übrige Deutschland vor dem
preussischen Begehrungsvermögen? Ob die Welfen-
zeitung wohl Notiz nimmt von dem einstimmigen
Festjubel, der in den Straßen Magdeburgs er-